

---

## Resolution

### Position des Jugendparlaments zur Rentenreform

Commission Economie

(Original)

---

Eine Studie der Stiftung « Marktwirtschaft » aus Berlin hat ergeben, dass Luxemburg durch die starke Zunahme der Renten-, Gesundheits- und Pflegeausgaben gegen eine implizierte Staatsschuld von über 1000% ankämpfen muss. Wegen dieser Nachhaltigkeitslücke befindet sich Luxemburg im Vergleich zu anderen Ländern der Europäischen Union auf den hintertsen Plätzen.

Zudem hat Luxemburg in den letzten Jahrzehnten einen überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum erlebt, ein Phänomen, dass auch in Zukunft auftreten wird und eine Verdreifachung der Rentenbezieher bis 2060 zur Folge hat.

Angesichts dieser Tatsachen ist das Jugendparlament davon überzeugt, dass eine tiefgreifende Reform im Rentenwesen dringend notwendig ist. Das Jugendparlament begrüßt aus diesem Grund den am 5. Dezember 2012 vom luxemburgischen Parlament angenommenen Gesetzesentwurf zum Rentenwesen.

Das Jugendparlament befürwortet folgende Punkte der Rentenreform :

- Es ist wichtig, den Mechanismus der Mindestrenten zu erhalten, damit Geringverdiener eine lebenswürdige Rente beziehen können. Somit kann das Abrutschen einer ganzen sozialen Schicht in die Armut weitestgehend verhindert werden.
- Das Jugendparlament würdigt das Erhalten der Rentenindexierung, damit die Renten inflationsgeschützt sind und die Kaufkraft der Bürger erhalten bleibt. Zudem begrüßen wir die Indexmodulierung, die es ermöglicht die Rentenkassen in Zeiten finanzieller Engpässe nicht weiter zu belasten.

Um eine gerechtere Rentenreform zu ermöglichen schlägt das Jugendparlament jedoch die Änderung folgender Punkte vor:

-Das Jugendparlament ist zutiefst beunruhigt über die unsicheren Prognosen, auf denen die aktuelle Rentenreform basiert. Bei Betrachtung der aktuellen Statistiken jeglicher Herkunft erscheint uns ein jährliches Wachstum von 3% und ein Anstieg der Beschäftigten um 1,5% als höchst unwahrscheinlich. Sogar wenn die europaweite Schuldenkrise überwunden werden kann, rechnet das staatliche Statistikamt Statec nicht mit einem Wachstum über 2,5 % in den

nächsten Jahren. In Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen Lage, hält das Jugendparlament ein maximales Wachstum von 2% in den nächsten Jahren für realistisch.

-Das Jugendparlament merkt an, dass unter gewissen Voraussetzungen das Anheben des Renteneintrittsalter nötig ist.

- Das Jugendparlament fordert die sofortige und endgültige Abschaffung des Rentenzuschusses am Jahresende. Aufgrund der anhaltenden schwierigen Wirtschaftslage, und der Missachtung des Prinzips der intergenerationellen Solidarität macht ein Rentenzuschuss keinen Sinn. Dieser soll nicht erst abgeschafft werden, wenn die unzureichende Gesamtfinanzierung der Renten dies mit sich bringt.

-Das Jugendparlament begrüßt die Entscheidung, dass die Studienzeit und Berufsausbildung weiterhin als Ersatzjahre zum Arbeiten gelten und als Beitragsjahre für die Rente angerechnet werden. Trotzdem fordern wir, dass die Anrechnungsjahre für Studenten nicht auf ein Alter von 27 Jahren begrenzt werden, sondern für spezialisierte Studiengänge, bei denen die Nebenstudienarbeit nur begrenzt möglich ist, erhöht werden kann.

- Zurzeit sieht die Rentenreform vor, dass der Anstieg der Rentenbeiträge auf 28% erst innerhalb der nächsten 40 Jahre stufenweise erfolgen soll. Das Jugendparlament ist davon überzeugt, dass diese Anhebung innerhalb der nächsten 5 Jahren erfolgen sollte.

- Das Jugendparlament will eindrücklich auf die Ungleichheit hinweisen, die durch die Trennung des Rentensystems des öffentlichen Sektors und des Rentensystems des privaten Sektors entstanden ist und sich zum Beispiel beim Höchstsatz der Rentenbezüge manifestiert. Aus diesem Grund fordern wir die sofortige Eingliederung des Rentensystems des öffentlichen Sektors in das Rentensystem des privaten Sektors, damit jeder Rentner unabhängig seines früheren Arbeitgebers das Recht auf eine gleiche Behandlung bezüglich der Rentenauszahlung hat.

Diese Änderungen sind unausweichlich, damit auch zukünftige Generationen von den Vorteilen unseres Rentensystems profitieren können.

---